Fadegrad

von
Roland Scheck

Geldeintreiber

Die Politik der Linken und Korrekten verschlingt viel Geld. Um die Begehrlichkeiten zu finanzieren, werden immer neue Einnahmequellen gesucht. Als Zielgruppe hierfür besonders beliebt ist der Autofahrer, die Cash Cow schlechthin. Legitimiert wird der Griff in Autofahrers Portemonnaie mit dem Gesetz. Gemäss Strassenverkehrskontrollverordnung hat die Polizei unter anderem den Auftrag, Widerhandlungen zu verhindern, Fehlbare zu verzeigen und Ordnungsbussen nach dem Ordnungsbussengesetz zu erheben. Gemäss Polizeigesetz und Polizeiorganisationsgesetz trifft die Polizei Massnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und Verhütung von Unfällen und verfolgt Verstösse gegen das Verkehrsrecht.

Verkehrssicherheit klingt immer gut. Nur sei dann die Frage erlaubt, weshalb Bussen budgetiert werden. In der Schweiz werden durch Kantone und Gemeinden jedes Jahr mehrere hundert Millionen Franken an Busseneinnahmen budgetiert, Tendenz steigend. Wer berufstätig ist, weiss, wie in einem Betrieb mit Budgets umgegangen wird. Budgets sind MbO-relevant. Potenzielle Abweichungen – insbesondere negative – werden mittels Controlling-Instrumenten früherkannt, worauf die Führung Massnahmen zur Budgeteinhaltung beschliesst. So läuft es in der Privatwirtschaft, und so läuft es auch in der Verwaltung.

Was geschieht nun, wenn ein Controller nach Ablauf des ersten Quartals feststellt, dass die Budgeteinhaltung bei den Busseneinnahmen gefährdet ist? Nun, wir wissen es nur aus inoffiziellen Quellen. Offiziell beharren Polizei und Regierung auf der Position, dass Bussen ausschliesslich der Verkehrssicherheit dienen. Viele Autofahrer würden jedoch das Gegenteil behaupten. Am 17. April 2014 hat eine einzige mobile Geschwindigkeitskontrolle auf der Autobahn A53 bei Volketswil fast 70 000 Franken Bussgelder eingespielt. Ein beachtlicher Betrag für eine einzige Messung. Ob es zur besseren Verkehrssicherheit beigetragen hat, wissen wir nicht. Aber der Budget-Einhaltung hat es bestimmt gut getan.

Es sei problematisch, wenn Kantone die Staatskassen mit übermässigen Bussen optimieren, sagt der Präsident der kantonalen Polizeidirektorenkonferenz. Auch der Polizeibeamten-Verband ist davon überzeugt, dass die Kantone mit Einnahmen aus Bussen das knappe Budget aufbessern. Und selbst die Stiftung für Konsumentenschutz stört sich daran und spricht von einer versteckten Steuer. Sie alle haben recht, nur der Politik scheint es egal zu sein. Lieber Parkbussen ausstellen als besetzte Liegenschaften räumen. Lieber Radaranlagen aufstellen als Saubannerzüge stoppen. Der Bevölkerung hingegen wäre wesentlich mehr gedient, wenn die Polizei anstatt Geldeintreiben den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Zielvereinbarung hätte.

SCHLUSS MIT DER LARI-FARI-POLITIK GEGENÜBER HAUSBESETZERN UND CHAOTEN

Zürich brennt und die Linke schaut hin – die SVP handelt

Der rot/grüne Stadtrat von Zürich toleriert illegale Hausbesetzungen. Mit seiner Strategie fördert er diese geradezu.

Mauro Tuena
Gemeinderat
Fraktionspräsident SVP Zürich 10

Die Konsequenzen sind offensichtlich: Kaum je eine illegale Hausbesetzung wird seitens Besetzer freiwillig, anständig, ohne Sachschaden zu hinterlassen und das Gebäude aufgeräumt, beendet. Entweder ziehen die Besetzer nach zig Ultimaten ab und hinterlassen das nackte Chaos oder sie bleiben, bis die Polizei das Gebäude räumt.

Hohe Kosten für Eigentümer und Steuerzahler

Ziehen sie selber ab, hinterlassen die Häuserbesetzer Berge von Abfall und beschädigen vielfach Gebäudeteile. Die Leidtragenden – mit den Worten des linken Stadtrates von Zürich – «des friedlichen Abziehens» sind es die jeweiligen Inhaber des Gebäudes, welche selber vollumfänglich für die Kosten der Entsorgung beziehungsweise der Instandstellung aufkommen müssen. Nebenbei gesagt müssen sie übrigens auch für die Kosten der Energie und des Wassers während der Besetzung aufkommen.

Muss die Polizei nach zig erfolglosen Ultimaten das Gebäude räumen, kommen neben den bereits erwähnten Kosten zu Lasten der Eigentümerschaft zum Teil hohe Kosten für den Polizei- und vielfach auch den Feuerwehreinsatz hinzu. Diese tragen die Stadtzürcher Steuerzahlenden.

Fatale Politik

Da sich der Stadtrat von Zürich strikte weigert, in illegal besetzten Liegenschaften rigorose Polizeikontrollen mit erkennungsdienstlichen Massnahmen durchzuführen, weiss die Polizei im Nachhinein kaum, wer sich illegal in den besetzten Liegenschaften aufgehalten hat und somit zur Rechenschaft gezogen werden könnte. Eine fatale Politik!

Vielfach werden in illegal besetzten Liegenschaften eigentliche Saubannerzüge durch Zürich minuziös geplant und organisiert. Die jeweilige Bilanz ist ernüchternd: Sachschäden in Millionenhöhe an privatem und öffentlichem Eigentum, Plünderungen von privaten Gewerbeläden und Polizeieinsätze, welche ebenfalls mit zig 100000 Franken pro Chaoten-Nacht zu Buche schlagen. Doch all das interessiert den Stadtrat von Zürich nicht. Der Stadtrat duldet weiterhin jegliche Art von Hausbesetzungen. Er weigert sich strikte, illegal besetzte Liegenschaften sofort zu räumen.

Klima für Chaotentum

Jetzt wird in der Öffentlichkeit über Massnahmen wie Videoüberwachung an grösseren Plätzen usw. gesprochen. Doch das eigentliche Problem liegt an einem anderen Ort und fängt viel früher an:

- Mit seiner Haltung gegenüber militanten Hausbesetzern schafft der Zürcher Stadtrat ein Klima, in welchem sich ein solches Chaotentum entwickeln und gedeihen kann.
- Zürich hat einen ultralinken Polizeivorsteher, der (Zitat) «den schwarzen Block eine interessante Ergänzung» findet.
- Mit seiner sogenannten Deeskalationsstrategie (zuerst zusehen, wie sich eine illegale Demonstration mit vermummten, offensichtlich gewaltbereiten Personen, entwickelt) lässt der Stadtrat eine anfänglich überblickbare und vor allem noch einkesselungsfähige Chaoten-Demonstration auf eine immense, bedrohliche Grösse anwachsen.

Kehrtwende dringend nötig

All diese Punkte müssen geändert werden. Die SVP fordert den Stadtrat auf, seine Lari-Fari-Politik gegenüber Chaoten und Hausbesetzern um 180 Grad zu ändern. Illegale Hausbesetzungen dürfen nicht mehr toleriert werden. Entsprechend sind solche Liegenschaften und Gelände unverzüglich zu räumen. Personen, welche sich illegal in Häusern aufhalten, sind erkennungsdienstlich zu erfassen und gemäss den geltenden Gesetzen (Hausfriedensbruch) zu bestrafen. Illegale Demonstrationen sind von allem Anfang an im Keime zu ersticken und aufzulösen. Personen, die sich an solchen Demonstrationen beteiligen, sind zu verhaften und ebenfalls erkennungsdienstlich zu registrieren.

Politische Vorstösse auf allen Ebenen

Als begleitende Massnahmen wird die SVP in den jeweils zuständigen Parlamenten Vorstösse mit folgenden Forderungen einreichen:

- Das im Kanton Zürich geltende Vermummungsverbot soll in Zukunft nicht mehr als einfache Übertretung gelten, sondern neu als Vergehen bestraft werden (Vorstoss im Kantonsrat).
- Sämtliche Polizeiposten in der Stadt Zürich sollen im Aussenbereich Video überwacht werden (Vorstoss im Gemeinderat). Während oder nach jeder Ausschreitung gab es Sachbeschädigungen an Polizeiposten.
- Das Rathaus Zürich soll im Aussenbereich Video überwacht werden (Vorstoss im Kantonsrat). Im Anschluss an jede Ausschreitung gab es Sachbeschädigungen am Parlamentsgebäude.
- Das Einrücken der Polizisten nach dem Alarmieren von ihrem Aufenthaltsort (z.B. Wohnort) zur Hauptpolizeiwache Urania mit ihrem privaten Fahrzeug soll als sogenannt «Dringliche Dienstfahrt» taxiert werden (Nationalrat).

Die Gewerbetreibenden und die Bevölkerung unserer Stadt haben genug von zerstörerischen Saubannerzügen durch Zürich. Gegenüber Automobilisten (z.B. Parksündern, etc.) gilt in Zürich die Nulltoleranz-Politik. Diese Nulltoleranz-Politik muss gegenüber Hausbesetzern und Chaoten ebenfalls gelten, alles andere ist fatal!

Volksabstimmung vom 8. März 2015

VORLAGE STADT ZÜRICH

1. «Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz, Metallrückgewinnung aus Kehrichtschlacke, Anpassung der Anlagen für den Schlackeaustrag, Objektkredit von 38,9 Mio. Franken»

JA

Regierungsrat Markus Kägi an der Standaktion Zürich 11/12

Engagement und ausgezeichnete Stimmung am Standplatz, trotz eisigen Temperaturen unter dem Nullpunkt.

Erwärmend waren zahlreiche Begegnungen, Gespräche und Wertschätzungen mit und von Bürgern/-innen bei der Migros in Zürich-Affoltern – Wahlkampf bereitet Freude.

«Euch braucht es, Ihr müsst/sollt mehr an diesem Standort sein» so die nichtalltägliche Reaktion eines erfreuten Wählers. Wir haben verstanden, am 07.03.2015 sind wir wieder in Affoltern!

Mitglieder werben und gewinnen!

Wer kann Menschen besser dazu motivieren, bei der SVP mitzumachen, als bestandene Mitglieder, die von der SVP-Politik überzeugt sind?

Werben Sie deshalb in Ihrem persönlichen Umfeld neue Mitglieder für die SVP. Mit dem Neumitglieder-Wettbewerb können Sie mit Ihrer Ortspartei von Anfang Februar bis Ende November 2015 teilnehmen und tolle Preise gewinnen. Die Hauptpreise gewinnen die Sektion, die bis Ende November am meisten Neumitglieder im Verhältnis zur heutigen Mitgliederzahl und die Sektion, welche am meisten Neumittglieder (Anzahl) geworben hat.

Der Hauptpreis: Die Sektionen mit den meisten Neumitgliedern gewinnen je 20 Tickets für die Albisgüetli-Tagung 2016.

Ein Sommer-Etappenpreis wird noch bekanntgegeben.

Um am Neumitglieder-Wettbewerb teilzunehmen, können die bestehenden Mitgliedertalons verwendet werden. Bitte kennzeichnen Sie diese mit einem grossen «W» für Wettbewerb.

Mitgliederkarten bestellen unter 044 217 77 66 oder sekretariat@svp-zuerich.ch

Wirtschaftsstandort Zürich: Chancen für das Hochschulquartier

Regierungsrat Ernst Stocker, SVP
Regierungsrat Thomas Heiniger, FDP

Und mit Kantonsrätin Regine Sauter, FDP,
sowie Kantonsratskandidat Urs Fehr, SVP

Dienstag 24. Februar 2015 um 18:30 Uhr

Konferenzraum Privatklinik Bethanien, Toblerstrasse 51, 8044 Zürich

18.30 Uhr	Türöffnung
19.00 Uhr	Begrüssung durch den Direktor der Klinik, E. Roger Gutersohn
19.10 Uhr	Podiumsdiskussion mit anschliessendem Apéro und exklusiver Führung durch die Klinik

Veranstalter: SVP Zürich Kreis 7+8, FDP Zürich Kreis 7+8, Gewerbeverein Zürich-Ost